



Sozialbericht 2007

Eine Kurzfassung
und kritische Auswertung

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Vorwort

Der Impuls, nicht nur auf gesamtstaatlicher Ebene Sozialberichte zu erstellen, ging v. a. von der Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahr 1992 aus. Dort wurde erstmalig auf einer UN-Konferenz die Rolle der Kommunen mit der AGENDA 21 hervorgehoben. Die Konferenz würdigte die entscheidende Rolle der Kommune bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit – Argumente, die auch zur Sozialberichterstattung auf lokaler Ebene ermutigten.

Am 10.05.2007 legte die Duisburger Verwaltung den ersten Sozialbericht vor, erstellt von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Planung e. V., Bremen. In vielen Kommunen ist die Sozialberichterstattung schon Normalität – Duisburg hat sich also recht spät dazu entschieden, Daten und Fakten über die soziale Lage der Duisburger Bevölkerung vorzulegen (Berichtszeitraum 2000–2005).

Der Sozialbericht analysiert in verschiedenen Schwerpunktbereichen die Lage Duisburgs und seiner Bevölkerung. Sein Ziel besteht für Autoren und Auftraggeber darin, für Politik und Verwaltung Handlungsbedarfe aufzuzeigen und zugleich über ein datengestütztes Berichtswesen Grundlagen für Handlungskonzepte zu schaffen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt die endlich stattgefundene Sozialberichterstattung ausdrücklich. Wir setzen uns dafür ein, dass sie kontinuierlich fortgeführt wird. Die vorliegende Zusammenfassung und kritische Auswertung des Sozialberichts im Auftrag der Ratsfraktion DIE LINKE stellt zunächst die wesentlichen Aussagen des Berichts und die von den Autoren formulierten Handlungsempfehlungen vor. Anschließend erfolgt eine Auswertung auf der Ebene der Bezirke und Ortsteile, da sich die soziale Lage der Menschen dort noch dramatischer darstellt, als es die gesamtstädtischen Durchschnittswerte zum Ausdruck bringen. Wir danken an dieser Stelle Jürgen Aust und Ute Abraham, die für diese Publikation wichtige Beiträge geleistet haben.

Das politische Echo auf die Veröffentlichung des Sozialberichts war schnell verhallt. Armut ist für viele maßgebende Akteure unserer Stadt leider nach wie vor ein randständiges Thema. Die Linksfraktion ist jedoch der Meinung, dass die Ergebnisse des Sozialberichts genutzt werden müssen, um die gravierende soziale Schieflage und die wachsenden Ungerechtigkeiten immer wieder zu verdeutlichen und in öffentlichen Auseinandersetzungen für eine Neubesinnung

auf Werte einer menschlichen, solidarischen Gesellschaft zu werben. Eins ihrer wesentlichen Kriterien ist der Umgang mit den Armen und Schwachen. Für uns ist der Sozialbericht eine unmissverständliche Aufforderung zum Handeln!

Armut und Ausgrenzung sind bei uns und anderswo Ergebnis einer Profit gesteuerten Ökonomie, verstärkt durch eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Aufgaben haben vor allem eine gesamtpolitische Bedeutung. Im Ringen um eine soziale gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft – wie sie DIE LINKE anstrebt – kann und muss auch die Kommune ihren Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.

Duisburg, im April 2008

Ihre Ratsfraktion DIE LINKE

gez. Hermann Dierkes gez. Brigitte Diesterhöft

gez. Erkan Kocalar gez. Marlies Lenzen

Daten und Fakten aus dem Sozialbericht der Stadt Duisburg

a) Bevölkerung und Migration

Die Bevölkerung Duisburgs nahm weiterhin ab. Im Zeitraum 2000–2005 verzeichnete die Stadt ein Minus von 12.636 EinwohnerInnen. Die stärksten Bevölkerungsverluste gab es in den Ortsteilen Kasslerfeld (-9,6 %), Hochheide (-8,3 %), Marxloh (-6,3 %) und Hüttenheim (-5,8 %), während die größten Zuwächse in Alt-Walsum mit 6,5 %, Huckingen, 2,4 % und Wanheim-Angerhausen mit 1,4 % zu verzeichnen waren.

Im Jahr 2005 lebten noch 500.914 Einwohnerinnen und Einwohner in Duisburg. Knapp 2/3 lebten in Mehrpersonenhaushalten. Mehr als 1/3 (37,9 %) waren Singlehaushalte. Im Bezirk Mitte lebte etwa die Hälfte der Bevölkerung allein, während es in Walsum lediglich 31,2 Prozent waren.

Etwa ein Drittel der Duisburger Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Dazu zählen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Eingebürgerte, Deutsche mit einem 2. Pass und Kinder mit mindestens einem ausländischen Elternteil.

Die größte Gruppe unter den DuisburgerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit stellen die TürkinInnen mit 8,5 %, gefolgt von EinwohnerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 1,5 %, aus Italien mit 0,7 % und aus Polen mit 0,5 %.

Dass der stetige Bevölkerungsschwund nicht noch dramatischer ausfällt, ist vor allem dem Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund zu verdanken. Während die Sterbefälle der Deutschen die Geburten übertreffen und auch die Wegzüge nicht durch Zuzüge kompensiert werden, verhält es sich bei der zugewanderten Bevölkerung genau umgekehrt. Hier sind Geburtenüberschüsse und Zuwanderungsgewinne zu verzeichnen.

Etwa ein Drittel der Duisburger Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. In Bruckhausen beträgt der Anteil 82,6 %, in Hochfeld 63,5 %, in Marxloh 58 %, während in 14 Ortsteilen der prozentuale Anteil deutlich unter 20 % liegt, wie z. B. in Rahm mit 8,7 % und Ungelsheim mit 6,8 %.

Sie konnten jedoch die Gesamtverluste nicht ausgleichen. Sie haben allerdings bedeutsame Auswirkungen auf die Altersstruktur der Bevölkerung. Während nur 7,5 Prozent der Zugewanderten 65 Jahre und älter sind, ist der Anteil der deutschen Bevölkerung mit 23,3 % dreimal so groß. Gleichzeitig sind 6 von 10 Personen dieser Altersgruppe weiblich. Bei der Altersklasse der 6 bis 15-Jährigen kehren sich die Verhältnisse um. Während 8,3 Prozent der deutschen Bevölkerung 6–15 Jahre alt ist, sind es 17,7 % mit türkischer, 11 % mit griechischer Herkunft und auch Kinder und Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien stellen mit 12,7 Prozent noch erheblich mehr Personen in dieser Altersklasse.

Von den 159.000 Personen mit Migrationshintergrund stellen die BezieherInnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine relativ kleine Gruppe von 1.890 Personen dar. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge verteilt sich auf die Bezirke Mitte und Meiderich-Beeck. In 8 Ortsteilen leben überhaupt keine Flüchtlinge.

b) Wohnen

Duisburg verfügte Ende 2005 über einen Bestand von ca. 241.000 Wohnungen. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Analysen im Bereich Wohnen ist der Rückgang im Bestand der öffentlich geförderten Mietwohnungen durch Auslaufen der Sozialbindung. Der Bestand ist zwischen 2000 und 2005 um ca. 7.500 Wohneinheiten geschrumpft und betrug 2005 nur noch knapp 14 % des gesamten Wohnungsbestands. In den einzelnen Stadtteilen ist jedoch ein deutliches Gefälle festzustellen. Während z. B. in Walsum der Sozialwohnungsanteil noch ca. 28 % beträgt, liegt er im Bezirk Mitte unter 7 %.

Mit dem allmählichen Verschwinden von öffentlich geförderten Mietwohnungen sinkt auch die Möglichkeit, durch die öffentliche Hand Einfluss auf die Belegung zu nehmen. Angesichts von wachsender Armut und festsitzender Massenarbeitslosigkeit kommt diesem Instrument kommunalpolitisch eine besondere Bedeutung zu.

Die Wohnfläche pro Person ist gegenüber dem Jahr 2000 in allen Bezirken um durchschnittlich 3,3 Prozent auf 36,65 m² gestiegen. Während in Baerl (46,52 m²) und in der Altstadt (44,13 m²) die Wohnfläche pro Person statistisch am höchsten ist, ist die Versorgung in Hochfeld mit 31,27 m² und in Hüttenheim mit 29,32 m² am niedrigsten.

Im Jahr 2005 wurden durch die Stadt Duisburg 4.634 allgemeine Wohnberechtigungsscheine ausgestellt, was 1,9 % aller Haushalte entspricht und einem Rückgang um mehr als ein Viertel (28,5 %) gegenüber dem Jahr 2000 entspricht. Auffallend ist, dass im Bezirk Walsum mit 1,2 Prozent unterdurchschnittlich viele Wohnberechtigungsscheine erteilt wurden, obwohl dort der Bestand an solchen Wohnungen am höchsten ist.

Neben den Wohnberechtigungsscheinen, mit denen gering verdienende Haushalte einen Zugang zu öffentlich gefördertem Wohnraum erlangen, spielt die Zahlung von Wohngeld zur Kompensation des Einkommens eine zentrale Rolle bei der Wohnraumversorgung. Leider kann hier die Datenlage wenig Aufschluss über die Einkommensverhältnisse geben, da sich die Gesetzeslage 2005 verändert hat. Da die sogenannten Hartz IV-LeistungsempfängerInnen die Kosten der Unterbringung durch die ARGE finanziert bekommen, fallen sie aus der Wohngeldstatistik heraus.



Klingelbrett in Marxloh

So erklärt sich, dass im Zeitraum von 2000 bis 2004 die Zahl der Haushalte, die Wohngeld erhielten, von 18.000 auf 27.000 Haushalte stieg, im Jahr 2005 jedoch auf rund 13.500 Haushalte sank.

Aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und geringem Einkommen stieg die Zahl derjenigen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder akut betroffen sind, im Jahr 2000 rund 3.300 Fälle, die im Jahr 2005 auf 4.100 anstiegen. Rund ein Drittel der von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte betraf Alleinerziehende.

c) Ausbildung und Beschäftigung

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hatte im Zeitraum von 2000 (160.483) bis 2005 (142.556) einen Rückgang von 11,4 % zu verzeichnen. Im Jahr 2005 waren nur noch 44 % der EinwohnerInnen im erwerbsfähigen Alter sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Aktuelle Zahlen der Sozialversicherungspflichtigen im Vergleich:

Stand	Vollzeit	Teilzeit	Gesamt
30.09.05	129.995	22.125	152.121
30.09.06	129.404	23.000	152.404
31.03.07	129.022	23.375	152.397

Die Zahl der EinwohnerInnen im erwerbsfähigen Alter ist zwischen dem 31.12.05 und dem 31.12.07 von 323.970 auf 321.506 zurückgegangen. Unter Berücksichtigung des Wohnerrückgangs ergibt sich – bezogen auf alle EinwohnerInnen im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) – folgende Beschäftigungsdichte: Von 1.000 Personen übten

am 31.12.05 470 Personen
am 31.12.06 473 dto.
am 31.12.07 474 dto.

eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus.

In den Ortsteilen Bruckhausen, Rheinhausen, Mitte, Friemersheim, Marxloh und Hochfeld lag der sozialversicherungspflichtige Anteil unter 36 %, während alle Ortsteile des Bezirks Walsum eine hohe Dichte von mindestens 51 % aufweisen.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer ist mit 51,7 % deutlich höher als die der Frauen mit 36,2 %. Ähnlich ist das Verhältnis der deutschen sozialversicherten Beschäftigten (48 %) zu den Nichtdeutschen (30,1 %).

Nach der EU-Beschäftigungsstrategie soll die Frauenerwerbstätigenquote bis 2010 60 % betragen. Das wäre für Duisburg noch ein weiter Weg. Aber auch die Quote von 36,2 % sagt wenig über die berufliche Integration von Frauen in Duisburg aus, weil hier Arbeitszeit und Arbeitsvolumen als Kriterien nicht herangezogen werden konnten.

Nach Angaben der IHK (Industrie- und Handelskammer) und der HWK (Handwerkskammer) wurden im Jahr 2000 2.709 Ausbildungsplätze registriert, die bis zum Jahr 2005 lediglich um 84 anstiegen. Wie viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz blieben, wurde statistisch nicht erfasst.

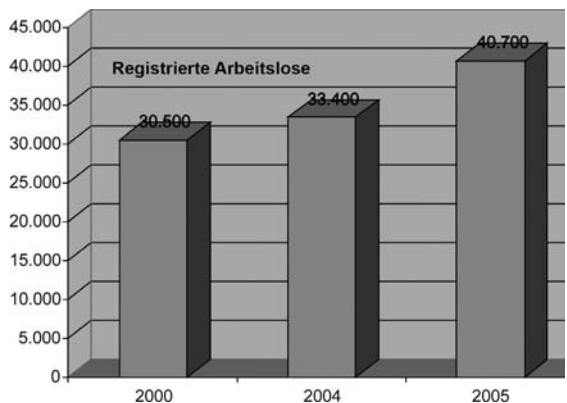


Foto: aboutpixel.de / c_r-loader

Ausbildung und Beschäftigung von Frauen zeigen besonders schlechte Werte

d) Arbeitslosigkeit und Transfereinkommen

Die registrierte Arbeitslosigkeit hat in Duisburg zwischen den Jahren 2000 und 2005 um mehr als ein Drittel zugenommen. Der massive Anstieg zwischen 2004 und 2005 wird auf die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende und dem damit verbundenen Anstieg der statistisch erfassten Personen begründet.



Während jedoch dieser überproportionale Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat in Westdeutschland bei 16,7 % lag, erhöhte er sich in Duisburg mit 37,1 % um mehr als das Doppelte.

Stellt man den 40.700 registrierten Arbeitslosen die Anzahl derjenigen gegenüber, die Transferleistungen beziehen, so erhöht sich der Anteil in der Bevölkerung um weitere rd. 22.000 Personen.

Unter diesen Personenkreis fallen z. B. diejenigen:

- die an der sog. aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen – also einen sog. 1-Euro-Job haben;
- die ergänzende Leistungen bekommen, weil sie trotz Erwerbsarbeit von ihrem Einkommen nicht leben können (Voll- und Teilzeitbeschäftigte);
- die aufgrund der Erziehung kleiner Kinder oder der Pflege von Angehörigen keine Arbeit aufnehmen können;
- die mindestens 58 Jahre alt sind und dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen müssen;
- die eine Ausbildungsstelle suchen.

Leider existierte kein Datenmaterial über den Anteil derjenigen, die trotz Arbeit ihre Existenz nicht absichern können.

Ganz aus der Statistik fallen die „Entmutigten“, die zwar keine Arbeit haben, sich aber auch nicht arbeitslos melden (z. B. Frauen, die vom Einkommen ihrer Partner leben oder diejenigen, die Unterhalt erhalten).

Ende 2005 kamen auf 1.000 Duisburger EinwohnerInnen 182 Personen, die von Transfereinkommen lebten. Damit nimmt Duisburg unter 16 deutschen Großstädten eine Spitzenposition ein.

Der Anteil der erwerbsfähigen Frauen und Männer, die Leistungen nach SGB II (Hartz IV) erhielten, ist mit 15,5 % bzw. 15,6 % nahezu gleich. Dagegen lag der Anteil der zugewanderten Frauen mit 24,6 % deutlich höher. Mehr als doppelt so hoch ist die Diskrepanz in Walsum, Homberg-Ruhrort-Baerl, in Rheinhausen sowie im Stadtbezirk Süd.

Auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die als Angehörige von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Sozialgeld in Anspruch nehmen müssen, ist in Duisburg außerordentlich hoch. Dies betrifft 26,7 % aller Kinder. Das heißt: Jedes 4. Kind unter 15 Jahren war Ende 2005 arm.

Trauriges Schlusslicht bildet Duisburg, wenn es um die Erstattung der „Kosten für die Unterkunft“ (Miet- und Nebenkosten) geht. Mit durchschnittlich 286 Euro je Bedarfsgemeinschaft steht sie im Vergleich mit anderen bundesdeutschen Großstädten ganz unten auf der Rangliste, nur noch von 3 ostdeutschen Städten untertroffen.

e) Einkommen und Überschuldung

Die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben wird in einer auf Warenproduktion, Profitwirtschaft und Kaufkraft gründenden Gesellschaft im Wesentlichen durch ihr Einkommen bzw. ihr Vermögen bestimmt. Hier jedoch herrschte ein Mangel an Datenmaterial, sodass die Autoren des Sozialberichts lediglich auf die Lohn- und Einkommenssteuerstatistik aus dem Jahr 2001 zurückgreifen konnten. Diese Datenlage ist relativ alt, vermischt Individualeinkommen mit Haushaltseinkommen von mehreren Personen und schließt alle aus, die Einkünfte unterhalb des Grundfreibetrags erzielten.

Im Jahr 2001 gab es in Duisburg 172.308 Steuerpflichtige, die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bzw. aus Lohn und Einkommen bezogen.

Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen je „Steuerfall“ lag bei 27.000 Euro. Auffällig sind die erheblichen Unterschiede in den Ortsteilen. Während z. B. das Jahreseinkommen in Bruckhausen bei 21.400 Euro lag, betrug es in Rahm 38.000 Euro.

Nach den europäischen Daten zu den Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern liegt Deutschland auf den hinteren Rängen. Blamabel ist, dass sich nur noch die Länder Slowakei, Estland und Zypern größere Unterschiede zwischen Frauen- und Männereinkommen leisten.

Das Statistische Landesamt von NRW hat 2004 Duisburg als die Stadt mit dem geringsten durchschnittlich verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen in NRW ermittelt. (15.300 zu 18.400 Euro im NRW-Durchschnitt).

Der Sozialbericht NW 2007 geht davon aus, dass die Haushalte, die dem untersten Fünftel der Einkommensverteilung zuzurechnen sind, eine negative Bilanz von Einnahmen und Ausgaben aufweisen. Das heißt, diese Haushalte geben im Schnitt mehr aus, als sie einnehmen.

Als „überschuldet“ gilt eine Person, die nicht in der Lage ist, ihre Schulden innerhalb eines überschaubaren Zeitraums unter Einsatz vorhandener Vermögen oder Einkommen zu begleichen, ohne dabei die eigene Grundversorgung zu gefährden.

In Duisburg waren im Jahr 2005 32.200 Personen überschuldet (7,8 %). Dabei handelt es sich lediglich um die erfassten Personen, also diejenigen, die eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, private Insolvenz beantragt oder eine Haftanordnung bekommen haben. Nimmt man noch diejenigen dazu, die über die Schufa ermittelt wurden, verdoppelt sich der Anteil.

Die meisten Überschuldeten gab es in Marxloh mit 17 % und Bruckhausen mit 14 %. Lediglich 1,4 % der Überschuldeten suchten eine Schuldnerberatungsstelle auf.



32.200 Personen waren 2005 in Duisburg überschuldet

Foto: pixelide / K. U. Gerhardt

f) Kindertageseinrichtungen und Schulen

In den Duisburger Kindertageseinrichtungen standen im Jahr 2005 15.500 Plätze zur Verfügung. Davon entfielen 7.055 auf städtische Trägerschaft und 8.478 auf andere Träger.

Bezirk	Platzangebot			
	Kita/Kiga		Hort	Gesamt
	< 3 Jahre	3-6 Jahre		
100 Walsum	7	1.428	20	1.455
200 Hamborn	49	2.296	95	2.440
300 Meiderich-Beeck	28	2.407	100	2.535
400 Homberg-Ruhrort-Baerl	14	1.236	55	1.305
500 Mitte	38	2.847	258	3.143
600 Rheinhausen	42	2.243	70	2.355
700 Süd	7	1.853	100	1.960
Überbezirkliche Einrichtungen	32	290	18	340
Duisburg gesamt	217	14.600	716	15.533
Nur städtische Einrichtungen	147	6.438	470	7.055
Nur andere Einrichtungen	70	8.162	246	8.478

Die Tabelle zeigt deutlich das Missverhältnis der Kindertagesstätten für Kinder unter 3 Jahren auf. Die Stadt hält für 12.625 Kinder lediglich 217 Plätze zur Verfügung.

Circa die Hälfte (44,6 %) aller Kinder in den Kindertagesstätten hatte einen Migrationshintergrund. Während jedoch in den städtischen Einrichtungen ca. 60 % der Kinder einen Migrationshintergrund hatten, trifft dies bei den anderen Trägern nur auf jedes 3. Kind zu. Bedeutende Unterschiede gibt es jedoch nicht nur bei der Verteilung auf die Trägerschaft, sondern auch in der bezirklichen Verteilung.

Von allen Kindern mit Migrationshintergrund, die eine Kindertagesstätte im Jahr 2005 besuchten, sprachen 36,4 % im Elternhaus eine andere Sprache als Deutsch.

Da erst in nächster Zukunft flächendeckende Sprachstandserhebungen nach objektiven und standardisierten Kriterien vorliegen werden, fehlten für eine Auswertung im Rahmen der Sozialberichterstattung die entsprechenden Daten. Die Autoren wiesen jedoch auf eine Bedarfserhebung des Jugendamts hin. Danach

bedurften zum Ende des Jahres 2005 insgesamt 2.135 Kinder einer entsprechenden Unterstützung. 82,1 % dieser Kinder hatten einen Migrationshintergrund, d. h., dass auch 382 deutsche Kinder Sprachförderung benötigten.

Die verfehlte Migrationspolitik der vergangenen 40 Jahre in Verbindung mit einem dreigliedrigen Schulsystem, das alle Kinder bereits mit 10 Jahren in die verschiedenen Schularten selektiert, hat für die Bildungssituation der Migrationsbevölkerung deprimierende Auswirkungen, die in der folgenden Tabelle deutlich werden.

Schulart	Deutsche	Ausländer/innen
Förderschule	5,9	9,7
Hauptschule	12,1	25,8
Realschule	16,4	10,9
Gymnasium	35,5	12,6
Gesamtschule	30,1	41,0

Deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen in Duisburg 2005/2006 in Prozent (ohne Grundschule)

Der Anteil der ausländischen bzw. zugewanderten SchülerInnen in der Förder- und in der Hauptschule ist fast doppelt so hoch, wie der Anteil der deutschen. Nur jedes 8. Migrantenkind besucht ein Gymnasium, bei den Deutschen jedes dritte Kind.



Foto: pixelio.de / K. U. Gerhardt

Verfehlte Migrationspolitik und Schulsystem benachteiligen Migrantenjugendliche massiv

Im Jahr 2005 verließen knapp ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler (24,6 %) die Schule mit einem Hauptschulabschluss, bei den MigrantenschülerInnen waren es 32 %. Damit ist aber noch nicht erfasst, ob das Bildungsziel erreicht wurde. Nach einer Befragung von 4.590 DuisburgerInnen in den Jahren 2003 bis 2005 ergab sich folgende Situation: Jede achte Person verfügte über keinen schulischen Abschluss. Etwa jede zweite Person hatte einen Hauptschulabschluss, jede siebte beendete die Schule mit dem Abitur.

In den verschiedenen Ortsteilen und Bezirken differenziert sich das Bildungsniveau wie folgt: Im Bezirk Meiderich-Beeck verfügen fast drei Viertel der Bevölkerung über keinen Schulabschluss. In diesem Bezirk ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund am höchsten und die Arbeitslosendichte am größten.

g) Bezirke und Ortsteile im Vergleich

Die Duisburger Durchschnittswerte werden in einigen Bezirken bzw. Ortsteilen erheblich überschritten, sodass auch der Sozialbericht feststellt, dass von einem umfangreichen Handlungsbedarf in allen Themenbereichen ausgegangen werden muss. Eine umfassende Darstellung ist im nachfolgenden Anhang beigefügt.

Beschäftigung

(Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15–65 Jahren auf 100 Personen. Stand: Juni 2005)

Bezirke/Ortsteile	Gesamt	Deutsche	Ausländer
Walsum	57,0	58,6	46,7
Fahrn	49,0	54,3	35,0
Hamborn	40,6	44,7	27,1
Marxloh	31,4	36,4	23,4
Obermarxloh	38,7	43,9	27,3
Meiderich-Beeck	42,7	46,3	30,4
Bruckhausen	29,9	34,2	26,6
Obermeiderich	41,4	45,4	25,2
Homborg-Ruhort-Baerl	39,6	42,1	24,9
Hochheide	37,2	41,6	20,1
Mitte	43,7	47,6	28,5
Hochfeld	31,5	36,7	24,4
Rheinhausen	39,6	42,0	26,2
Rheinhausen-Mitte	33,9	35,8	23,8
Friemersheim	34,9	38,1	20,1
Süd	46,1	47,4	34,3
Wahnheim	38,6	39,9	33,3
Duisburg	44,0	47,0	30,1

Im Juni 2005 waren insgesamt 142.556 erwerbsfähige Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon 58.190 Frauen, was einer Dichte von 36,2, und 84.366 Männer, was einer Dichte von 51,7 entspricht.

Arbeitslosigkeit

(Anteil Arbeitsloser je 1.000 EW von 15–65 Jahren. Stand: September 2005)

Bezirke/Ortsteile	Gesamt	Deutsche	Ausländer
Walsum	136,0	121,1	227,8
Vierlinden	180,9	161,1	273,9
Aldenrade	142,0	122,8	319,7
Hamborn	158,9	147,3	197,1
Marxloh	198,1	203,0	190,3
Obermarxloh	169,4	156,8	196,8
Meiderich-Beeck	160,9	156,5	175,7
Bruckhausen	174,5	246,1	121,2
Obermeiderich	171,4	152,8	247,6
Homber-Ruhrort-Baerl	120,6	110,7	178,1
Ruhrort	172,2	165,1	202,6
Mitte	138,2	127,5	179,9
Hochfeld	213,4	215,6	210,4
Kasslerfeld	203,9	216,2	176,1
Rheinhausen	85,5	78,1	126,9
Hochemmerich	126,6	117,6	150,1
Rumeln-Kaldenhausen	50,3	47,0	101,3
Süd	70,6	64,8	122,5
Hüttenheim	103,5	93,4	128,9
Rahm	43,8	41,3	103,7
Duisburg	125,6	114,8	175,2

Im September 2005 waren insgesamt 40.673 Personen erwerbslos. Davon waren 18.555 Frauen, was einer Dichte von 115,4, und 22.118 Männer, was einer Dichte von 135,6 entspricht.

Transfereinkommen

(SGB II-Bezug von 15–65 Jahren auf 100 Personen. Stand: September 2005)

Bezirke/Ortsteile	Gesamt	Deutsche	Ausländer
Walsum	16,6	14,2	31,4
Vierlinden	23,5	20,1	39,1
Aldenrade	17,6	14,5	47,1
Hamborn	21,5	19,1	29,4
Obermarxloh	23,9	20,8	30,7
Neumühl	19,0	16,5	40,2
Meiderich-Beeck	21,4	20,0	26,2
Bruckhausen	25,9	34,3	19,6
Obermeiderich	22,7	19,3	36,5
Homberg-Ruhrort-Baerl	14,7	12,8	25,3
Ruhrort	22,4	21,5	26,5
Baerl	3,9	3,4	11,1
Mitte	16,7	14,7	24,3
Kaßlerfeld	26,3	27,1	24,6
Hochfeld	29,0	29,1	29,0
Rheinhausen	9,6	8,3	17,0
Rheinhausen-Mitte	13,9	13,0	18,8
Hochemmerich	15,6	13,7	20,6
Süd	7,2	6,2	15,7
Wanheim	12,3	10,7	18,7
Hüttenheim	13,2	11,5	17,5
Duisburg	15,5	13,5	24,8

Insgesamt 50.301 erwerbsfähige Hilfebedürftige erhielten Transferleistungen nach SGB II (Hartz IV). Davon waren 24.898 Frauen, was einer Dichte von 15,5, und 25.403 Männer, was einer Dichte von 15,6 entspricht.

Migration

(Daten zur Duisburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit. Stand: 2005)

Bez./Ortst.	Bevölkerung ¹	Soz.Vers.Besch. ²	Arb.lösigk. ²	Transfereink. ²
Walsum	25,6	46,7	22,8	31,4
Fahrn	47,2	35,0	14,3	19,6
Vierlinden	30,9	46,1	27,4	39,1
Aldenrade	20,2	63,4	32,0	47,1
Hamborn	43,1	27,1	19,7	29,4
Marxloh	58,0	23,4	19,0	28,4
Obermarxloh	55,7	27,3	19,7	30,7
Neumühl	30,4	25,9	25,9	40,2
Meiderich-Beeck	43,3	30,4	17,6	26,2
Bruckhausen	82,6	26,6	12,1	19,6
Beeck	42,0	41,4	16,7	25,3
Obermeiderich	57,6	25,2	24,8	36,5
Homberg-Ruhrort	27,3	24,9	17,8	25,3
Ruhrort	29,3	28,3	20,3	26,5
Hochheide	38,0	20,1	17,3	27,4
Mitte	33,1	28,5	18,0	24,3
Hochfeld	63,5	24,4	21,0	29,0
Kaßlerfeld	48,4	31,8	17,6	24,6
Dellviertel	43,1	29,9	18,9	26,0
Rheinhausen	25,3	26,2	12,7	17,0
Hochemmerich	42,6	28,5	15,0	20,6
Friemersheim	26,9	20,1	9,4	12,4
Süd	20,6	34,3	12,3	15,7
Hüttenheim	43,3	36,3	12,9	17,5
Wanheim	40,3	33,3	13,6	18,7
Duisburg	31,7	30,1	17,5	24,8

¹ Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Duisburger Bevölkerung

² Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Duisburger Bevölkerung

Kritische Würdigung

Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt die Erarbeitung des ersten Sozialberichts. Hier wurden wichtige und konkrete Daten über die soziale Lage der Bürgerinnen und Bürger zusammengetragen, die es ermöglichen, konkrete Handlungsperspektiven gegen Ungleichheit – für mehr Gerechtigkeit, zu entwickeln. Eine Voraussetzung dafür ist natürlich der politische Wille.

Auch wenn der Sozialbericht die dramatische Situation verdeutlicht, so erfasst er die extreme Ausprägung der sozialen Ungleichheit nicht, weil er den Reichtum in dieser Stadt nicht erfasst. Aber auch eine genauere Erfassung der Armut fehlt, weil kein entsprechendes Kriterium angewandt wird. So definiert z. B. die EU Armut wie folgt: „Alle, die weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens erhalten, sind arm.“

Die Aufgabe der Autoren war es, Daten und Fakten für Duisburg aufzuarbeiten, diese Aufgabe haben sie sicher erfüllt. Sie konnten natürlich nur das aufarbeiten, was vorhanden ist.

In diesem Land wird statistisch vieles aufgearbeitet. Erfasst wird die Anzahl der Bienenvölker, der Verkauf von Dosenmilch und manch anderes mehr. Aber auch in dem fast tausend Seiten starken statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland findet man zum Stichpunkt „Millionäre“ nichts. Diese Diskretion hat mehrere Ursachen. Zum einen zahlen Millionäre in der Regel keine Steuern als Millionäre. Die Finanzämter erfassen lediglich das zugrunde liegende Einkommen aus der Einkommenssteuererklärung. Da Millionäre auch an Pflichtbeiträgen an der Sozialversicherung nicht beteiligt sind, mangelt es auch an dieser, für die Einkommen der abhängig Beschäftigten allerdings überaus präzisen Datenbasis. Da auch die Vermögenssteuer abgeschafft wurde, fehlt selbst diese Datenbasis.

Laut Manager-Magazin gab es hierzulande noch nie so viele Milliardäre. In der Liste der reichsten Deutschen von 2007 befinden sich erstmals 122 Einzelpersonen und Familien (2005 waren es 83 Einzelpersonen) mit einem geschätzten Vermögen von jeweils mindestens einer Milliarde €. Die Rekordguthaben der deutschen Geldaristokraten kamen „dank günstiger Kapitalmärkte und teilweise starker Managementleistungen in der Industrie zustande“ (Manager Magazin). Die Gebrüder Albrecht (Aldi) stehen mit einem Vermögen von jeweils über 17 Milliarden € an der Spitze; auf ein geschätztes

Vermögen von 12,45 Milliarden Euro brachte es die Familie Porsche, gefolgt von Dieter Schwarz mit 10,3 Milliarden € (Lidl, Kaufland). Zu den reichsten Großfamilien zählt u. a. die Fa. Haniel mit einem Vermögen von 15 Milliarden Euro.

Zum Vergleich: Der Wert der öffentlichen Infrastruktur und des städtischen Besitzes mit Straßen, Brücken, Grünanlagen, dem Rathaus, den Skulpturen, den Stadtwerken und vielem mehr beträgt 5 Milliarden Euro (*aktuelle Eröffnungsbilanz 2008*).

Handlungsempfehlungen

Duisburg ist keine Insel. Gesellschaftlicher Ausschluss, Armut und Erwerbslosigkeit sind durch gesellschaftliche Bedingungen hervorgerufen worden. Dies gilt es zu verändern, nicht aber die Betroffenen durch den Entzug sozialer Sicherheit zu bestrafen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE sieht in der Sozialberichterstattung auch einen Beweis für die verheerenden Konsequenzen der Politik auf Bundesebene. Auf der untersten Ebene, der Kommune, wird eine Politikrichtung sichtbar und alltäglich erlebbar, die im Bundestag und zunehmend durch die Europäische Union durch Gesetze und Verordnungen den BürgerInnen zugemutet wird. Zwischen dem Kurs der Sozialpolitik und dem Sozialbericht bestehen also enge Zusammenhänge.

Mit unserem Kommunalprogramm „Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit – Alternativen für Duisburg“ haben wir bereits 2004 unsere grundlegenden Forderungen für eine solidarische Politik benannt, die auch nach der Veröffentlichung des Sozialberichts keiner Korrektur bedarf. Einige Forderungen der Ratsfraktion, die sich entweder aufgrund der Datenbasis neu ergeben oder für uns von großer Wichtigkeit sind, wollen wir an dieser Stelle jedoch hervorheben.

Öffentlichkeit herstellen

Wir begrüßen die Fortschreibung des Sozialberichts. Die Ergebnisse sollten jedoch nicht in den Aktenschränken verschwinden. Diese Broschüre ist unser Beitrag, die soziale Situation in Duisburg sichtbar zu machen, denn soziale Ungerechtigkeit kann nur überwunden werden, wenn sie von den Betroffenen nicht mehr geduldet wird.

EinwohnerInnen beteiligen

Die Ratsfraktion DIE LINKE bzw. bereits schon eine ihrer Vorläuferorganisationen, die PDS–Offene Liste, forderten traditionell die Einführung eines Beteiligungshaushalts. Erste kleine Schritte in dieser Richtung gibt es seit 2005 in Duisburg mit den bezirklichen Haushaltstagen. Dabei handelt es sich um Informationsveranstaltungen der Stadtspitze und wichtiger städtischer Betriebe über den städtischen Haushalt in den sieben Stadtbezirken. Im Mittelpunkt stehen die vorgesehenen bezirklichen Investitionen. Nach verbesserter Werbung lag die Zahl der TeilnehmerInnen 2008 zwischen 50 und 100.

Hier in Kürze die wesentlichen Punkte unseres Konzepts: Wir wollen die intensive demokratische Beteiligung der Einwohnerschaft bei der Aufstellung, zunächst des investiven Haushalts der Stadt, wie sie bereits viele Kommunen weltweit entwickelt haben. Die EinwohnerInnen müssen in einem mehrmonatigen Beteiligungsprozess in Stadtteilversammlungen ihre Ideen und Forderungen äußern und diskutieren können. Anschließend werden Forderungslisten mit entsprechender Prioritätensetzung aufgestellt. Das Votum der Versammlungen wird dem Rat übermittelt, der es in seine Haushaltsberatungen einbezieht. Am Beginn jedes Beratungszyklus steht ein Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung. Ein Beteiligungshaushalt macht das städtische Haushaltsgeschehen transparent, ist ein Beitrag zu einer rationellen Mittelverteilung und ist Gift für Korruption und undurchsichtige Lobbyeinflüsse. Sozialberichterstattung und Beteiligungshaushalt können bei diesem Konzept hervorragend verknüpft werden, weil Defizite und der größte Handlungsbedarf deutlich werden. Doch davon sind wir aufgrund der politischen Mehrheiten weit entfernt.

Stärkung der kommunalen Wirtschaftsstruktur

Die Beseitigung von Massenerwerbslosigkeit und materieller Not zählt zu den entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Zielen der LINKEN. Die Bilanz nach 5 Jahren Hartz IV zeigt deutlich: Mit dieser „Reform“ auf der Bundesebene hat eine massive Verdrängung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stattgefunden. Das Dumping von Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde vorangetrieben und die Armut vermehrt.

Die kommunale Ebene muss aktiv werden und gegen diese Politik vorgehen, soweit es ihr möglich ist. So fordern wir, dass Verwaltung und stadtnahe Unternehmen mehr Auszubildende einstellen, kein Personal abbauen, sozialversiche-

rungspflichtige Arbeitsplätze im sog. Non-Profit-Bereich anstelle von sogenannten 1-Euro-Jobs schaffen. Wir fordern den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Integration fördern

Die Autoren des Sozialplans empfehlen, die migrationspezifischen Anforderungen und Bedarfe in allen Bereichen zu berücksichtigen: „Die Integration aller Migrantinnen und Migranten ist eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe. (...) Integration gehen wir als Querschnittsaufgabe an, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft. (...)“. Diese Empfehlung ist Teil unseres kommunalpolitischen Programms. Die Ratsfraktion hat dazu bereits Anfang 2007 „Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Duisburg“ in den Rat eingebracht, die mehrheitlich angenommen wurden. Im Frühjahr 2008 hat die Ratsfraktion nach über einjähriger Diskussion und Erarbeitung detaillierte Leitlinien und Forderungen für eine integrative Kommunalpolitik angenommen.*

Stärkung der Wohnungsbauförderung

Entgegen der Empfehlung des von der Stadtspitze in Auftrag gegebenen „Berger-Gutachtens“ sprechen wir uns gegen die Privatisierung der städtischen Wohnungsgesellschaft GEBAG aus. Auch die Autoren des Sozialberichts sprechen sich dagegen aus, weil sie eine Verknappung des preiswerten Wohnungsbestands befürchten.

Erzwungener Segregation entgegenwirken

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, steigender Armut, gebrochener Erwerbsbiografien und vor allem nach der sog. Hartz IV-Gesetzgebung wächst der Anteil sozial Benachteiligter mit Schwerpunkt in bestimmten Stadtteilen. Um dem entgegen zu wirken, schlagen die Autoren des Sozialberichts vor, eine sozialräumlich differenzierte Obergrenze für angemessene Mieten einzuführen. Die Ratsfraktion der LINKEN ist selbstverständlich auch der Meinung, dass Menschen, die in

* **Einwanderung ist Realität – Integration alternativlos – Leitlinien für eine integrative Kommunalpolitik.** Hrsg.: Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg. Die Publikation kann als PDF-Datei von der Internetseite der Ratsfraktion herunter geladen werden oder ist als Broschüre in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion erhältlich.

Not geraten sind – sei es durch Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen – ein Recht haben, in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben zu können. Unser vorrangiges Ziel ist es jedoch, dass die Erstattung der Kosten der Unterkunft insgesamt angehoben wird. Dazu hat es bisher mehrere Initiativen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales gegeben. Mittlerweile können wir uns auf ein Urteil des Sozialgerichts Duisburg vom 10.3.08 stützen, danach handelt die ARGE (also die Arbeitsgemeinschaft aus Stadtverwaltung und Arbeitsagentur) rechtswidrig. Wir fordern darüber hinaus ein Handlungskonzept, das einer erzwungenen Segregation, also einer sozialräumlichen Trennung in Arm und Reich entgegenwirkt.

Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbauen

Analysen und Berechnungen zeigen deutlich: Eine starke Konzentration auf Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) wirkt sich für die Kommunen fiskalisch negativ aus und bieten vor allem für die Betroffenen keine Perspektiven. Die bisherigen Aktivitäten der GfB oder anderer Träger in Duisburg reichen nicht aus. Ohne einen Ausbau und eine neue Qualität öffentlich finanzierter Beschäftigung wird es keinen Ausweg aus der Verarmung und Ausgrenzung von Millionen Menschen geben. DIE LINKE ist sich mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und vielen weiteren gesellschaftlichen Kräften einig, dass öffentlich finanzierte Beschäftigung eine wirksame Alternative zur gegenwärtigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung ist. Die wichtigsten Prinzipien sind dabei:

- Nachhaltigkeit statt Kurzfristigkeit
- Freiwilligkeit statt Zwang
- Demokratisierung statt Diktat
- Regionalisierung statt Zentralismus

Dazu müssen auf Bundesebene die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Schuldnerberatung ausbauen

Die Autoren des Sozialberichts empfehlen, die Qualifizierung und Weiterentwicklung der Angebote der Schuldnerberatung auszubauen, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken, den Ausbau von Personalkapazitäten sowie eine Aufklärung, die

bereits in der Schule erfolgen soll. Dem stimmen wir zu. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf einige Aktivitäten hin, die die Ratsfraktion DIE LINKE unter-
nommen hat, um die Lebenssituation von Menschen mit geringem Einkommen
zu erleichtern und Wege aufzuzeigen, wie eine weitere Verschuldung verhindert
werden kann.

Das sind zum Beispiel folgende Anträge: Übernahme der tatsächlich angefal-
lenen Heizkosten, Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Gas durch die
Stadtwerke und kostenlose Ausgabe des sog. Schokotickets an Bedürftige. Wir
wollen die Einführung eines Sozialpasses durch die Stadtverwaltung für alle,
deren individuelles Einkommen unter der OECD-Armutsgrenze von 938 € liegt.
Einführung eines Sozialtickets durch die DVG, das sich am Kölner oder Dortmun-
der Modell orientiert.

Kinder brauchen KiTas

Die Duisburger Zahlen belegen deutlich, dass die Forderungen der LINKEN aus
ihrer Kampagne „Kinder brauchen KiTas“ gerade für Duisburg dringlich sind.
Auch die Autoren des Sozialberichts empfehlen, die Ausstattung der Einrich-
tungen für Kinder zu verbessern, die Integrationsleistungen erbringen bzw.
Einfluss auf (kirchliche) Einrichtungen zu nehmen, die erhebliche kommunale
Mittel bekommen, um dort den Anteil der Migrantenkinder zu erhöhen. Das ist
auch unser Anliegen. In der Haushaltsdebatte 2008 wurde von der Ratsfraktion
der LINKEN u. a. ein Vorstoß unternommen, nachdem die Stadt gewährleisten
soll, dass mindestens 15 % der Kinder in der Altersgruppe unter drei Jahre einen
Platz in einer Kindertagesstätte zur Verfügung stehen. Die Landesregierung will
für NRW bis 2010 bereits 20 % erreichen. Wenn Duisburg nicht viel mehr tut, ist
das örtlich nicht erreichbar.

Schulbildung verbessern

In NRW leben 800.000 Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Damit ist ein neuer
Rekord erreicht. In Duisburg lebt jedes 4. Kind in einem Haushalt von erwerbs-
fähigen Hilfebedürftigen, die Anspruch auf Sozialgeld haben. Ihnen fehlen oft
Schulbücher, sie kommen hungrig zur Schule oder können nicht an Klassen-
fahrten teilnehmen. Wir wollen deshalb die flächendeckende Ausgabe von
Schulbüchern (durch Zuschüsse und/oder Ausleihe) und kostenlose Mahlzeiten
an den Schulen. SchülerInnen von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien

unterscheiden sich hauptsächlich durch den sozialen Status der Eltern. Im Alter von 10 Jahren werden die Kinder nach Schulformen „sortiert“: Damit wird ihr weiterer Bildungsweg und damit ihr gesamtes zukünftiges Leben weitgehend festgeschrieben. DIE LINKE will eine Schule für alle und ist im Schulausschuss der Stadt Duisburg aktiv geworden, damit die Verwaltung ein Modellprojekt „Länger gemeinsam lernen“ entwickelt.

Wir können hier nur eine Auswahl unsere Aktivitäten im Rat der Stadt Duisburg wieder geben. Auf unserer Internetseite

[www. linksfraktion-duisburg.de](http://www.linksfraktion-duisburg.de)

finden Sie alle Anfragen, Anträge und Pressemitteilungen, die Ihnen ausführlich Auskunft geben.

Impressum

Herausgeber

Ratsfraktion DIE LINKE

Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg

Tel.: 02 03 / 9 30 86 92, Fax: 02 03 / 9 30 86 94

www.linksfraktion-duisburg.de, buero@linksfraktion-duisburg.de

Gestaltung und Satz

Heiko Bugaj

Alte Feuerwache Hochfeld

Friedenstr. 5, 47053 Duisburg

Tel.: 02 03 / 7 31 33 87

www.heikobugaj.de, info@heikobugaj.de

Druck

TIAMATdruck GmbH

Luisenstrasse 69, 40215 Düsseldorf

Tel.: 02 11 / 3 84 03 90, Fax: 02 11 / 3 84 03 68

www.tiamatdruck.de, mail@tiamatdruck.de

Auflage

1.000

Geschäftsstelle
Ratsfraktion DIE LINKE
Gravelottestr. 28
47053 Duisburg

Telefon 02 03 / 9 30 86 92

Telefax 02 03 / 9 30 86 94

buero@linksfraktion-duisburg.de

www.linksfraktion-duisburg.de